



MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 32
18. Wahlperiode
24. April 2015

FLÜCHTLINGSPOLITIK IST GEMEINSAME HERAUSFORDERUNG

Liebe Leserinnen und Leser!

Die erneute Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer macht sehr traurig. Mehr als 800 Menschen, die sich auf der Flucht vor Armut und Bürgerkrieg befanden, fielen den kriminellen Machenschaften menschenverachtender Schlepperbanden zum Opfer und fanden am Ende den Tod in den Fluten.

Diese Katastrophe macht einmal mehr deutlich, dass dringend neue Lösungsansätze in der europäischen Flüchtlingspolitik gefunden werden müssen.

Herzlichst, Ihr

Bereits am Montag wurden bei einem Krisentreffen der EU-Außen- und Innenminister Pläne für die Verdopplung der Seerettungskapazitäten im Rahmen des „Triton“ und „Poseidon“ auf den Weg gebracht, denn es gilt, keine Zeit zu verlieren. Europa muss rasch Maßnahmen zur Verbesserung der Lage auf dem Mittelmeer auf den Weg bringen und über neue Strategien beraten. Weder die hermetische Abriegelung Europas noch die bedingungslose Öffnung unserer Grenzen wird eine Lösung sein. Aber ebenso richtig ist, dass wir uns Denkverbote für neue und kreative Lösungen nicht leisten können. Alles was Menschen rettet, ist richtig.

Auch die Parlamentarier des Deutschen Bundestages haben in einer aktuellen Stunde der Flüchtlingsopfer gedacht und darüber gesprochen, wie solche Katastrophen zukünftig verhindert werden können. Denn die

Zahlen sind erschreckend: Fast 1.800 tote Flüchtlinge gab es Mittelmeer allein in diesem Jahr.

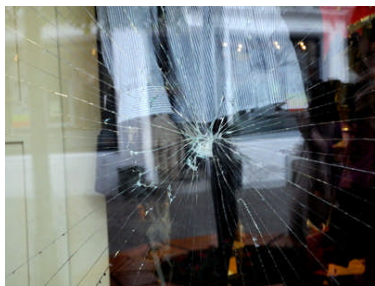
Zum Erreichen des Ziels, den Schleppern das Handwerk zu legen, brauchen wir nicht nur eine gemeinsame europäische Strategie, sondern auch eine bessere Verzahnung der Außen-, Innen- und Entwicklungspolitik in und zwischen den EU-Mitgliedstaaten ebenso wie mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Hier sind auch die Länder der Afrikanischen Union und der wohlhabenden Golfstaaten gefordert, sich deutlich stärker als bisher zu engagieren. Denn Lösungen, die erst auf dem Mittelmeer ansetzen, werden keine nachhaltige Verbesserung bringen.

Klar ist auch, dass kein Land die Flüchtlingsproblematik allein bewältigen kann. Hier ist jetzt ein EU-Gesamtkonzept zur Rettung, Aufnahme und

Verteilung der Flüchtlinge dringend geboten. Dabei muss auch eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf alle 28 Mitgliedstaaten das Ziel sein. Bislang tragen nur zehn Staaten - darunter Deutschland - die Hauptlast.

Dauerhaft kann sich die Lage aber nur über eine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Heimat der Menschen ändern. Dort müssen wir noch stärker als bisher zu Frieden und Gerechtigkeit beitragen. Dieser Verantwortung müssen wir uns gemeinsam mit unseren Partnern stellen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist der Vorschlag von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, ein EU-Sofortprogramm für die Finanzierung eines Wirtschafts- und Stabilisierungsprogramms in den Fluchtländern ins Leben zu rufen. In meinen Augen ein wichtiger Ansatz, um Fluchtursachen zu minimieren.

KRIMINALITÄT EFFEKTIV BEKÄMPFEN



© Susanne Schmich / pixelio.de

Die Zahl der Einbrüche in Wohnungen und Häuser steigt seit Jahren dramatisch an. Die Aufklärungsquoten liegen deutlich unter dem Niveau der allgemeinen Kriminalität, wie erste Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik 2014 belegen. Dieser Entwicklung will die Union mit gezielten Maßnahmen entgegenwirken. So wurde beispielsweise der Etat der

Bundespolizei für 2015 bereits um mehr als 100 Millionen Euro erhöht. Darüber hinaus werden wir u.a. die steuerliche Absetzbarkeit von Investitionen in Sicherheitstechnik sowie weitere Fördermöglichkeiten und Änderungen im Bundesrecht prüfen. Im Rahmen der KfW-Programme zum energieeffizienten Sanieren und zum

altersgerechten Umbau fördern wir bereits heute Maßnahmen am Wohnungseigentum mit Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten. Diese Programme wollen wir aufstocken. Wichtig ist uns dabei, dass nicht nur Haus- und Wohnungseigentümer profitieren, sondern sich auch Mieter besser vor Einbrüchen schützen können.

SPIELRÄUME FÜR INVESTITIONEN NUTZEN



© Jorma Bork / pixelio.de

In dieser Woche hat der Bundestag mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015 die Verteilung eines 10-Milliarden-Euro-Paketes für Zukunftsinvestitionen festgelegt. Damit macht die Koalition den Weg frei für konkrete Investitionsmaßnahmen der Bundesressorts in den Jahren 2016 bis 2018. Für den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur sind 4,35 Mrd. Euro vorgesehen, knapp 700 Mio. Euro für die Steigerung der Energieeffizienz und

450 Mio. Euro für die Nationale Klimaschutzinitiative. Für den auch in meinem Wahlkreis so wichtigen Hochwasserschutz sind 300 Mio. Euro eingeplant. Bei den weiteren Maßnahmen wird ebenfalls der Fokus auf die Bereiche Infrastruktur, Energie und Umwelt gelegt, damit neues langfristiges Wachstum entsteht und Deutschland zukunftsfest gemacht wird. Überdies werden durch das Investitionspaket speziell die finanzschwachen Kom-

munen gestärkt, indem hier für die Jahre 2015 bis 2018 das Sondervermögen „Kommunaler Investitionsförderungsfonds“ errichtet und mit 3,5 Mrd. Euro ausgestattet wird. Die verschiedenen Arten von Mehrausgaben sind stets so bemessen, dass der Nachtragshaushalt ohne neue Schulden auskommt. Die neuen Spielräume beruhen auf fortgesetzter Haushaltsdisziplin, gesunkener Zinsausgaben, Bundesbankgewinnen und Steuermehreinnahmen.

TERMINAUSWAHL

28.04.2015

Treffen mit dem nds. Minister Boris Pistorius und Landrat Rainer Rempe; *Winsen*

29.04.2015

Gespräch mit 50 Besuchern aus dem Wahlkreis; *Berlin*

01.05.2015

Rede und anschl. Rundgang bei der Gewerbeschau "Gewerbeausstellung für Alle" (GAFA); *Drakenburg*

DIE VERBINDUNGSDATENSPEICHERUNG KOMMT

Bereits vor einiger Zeit habe ich mich offen für eine schnelle Einführung der Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen, da diese aus meiner Sicht ein wirksames Mittel zur Verbrechensbekämpfung ist! Beharrlichkeit zahlt sich manchmal aus. Die nun vorliegenden Leitli-

nien kombinieren zeitlich und inhaltlich eng begrenzte Speicherfristen mit sehr strengen Abrufregelungen. Stets muss ein Richter dazu seine Zustimmung erteilen. So werden die Ziele der Verbrechensbekämpfung mit hohen Standards beim Datenschutz in Einklang

gebracht. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofes werden eingehalten. Künftig können Spuren gesichert werden, um Kinderpornographie, Terrorismus und organisierte Kriminalität effektiv bekämpfen zu können.